

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (16. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Werner (Westerland), Dr. Müller (Bremen)
und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5228 —

Sanierung der Neuen Heimat

A. Problem

Die Antragsteller machen darauf aufmerksam, daß mit dem Verkauf von Mietwohnungen des in finanzielle Bedrängnis geratenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat die Gefahr gegeben ist, daß diese Wohnungen vorzeitig aus der Sozialbindung entlassen werden. Die Bundesregierung soll daher u. a. aufgefordert werden, sich an der Sanierung der Neuen Heimat finanziell zu beteiligen, den Ausverkauf der Wohnungsbestände zu verhindern und die Sozialbindungen durch Übernahme der Wohnungen in „kommunale Sondervermögen“ dauerhaft zu sichern.

B. Lösung

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau empfiehlt einstimmig, den Antrag abzulehnen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/5228 — abzulehnen.

Bonn, den 26. Juni 1986

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Dr. Möller	Frau Rönsch	Dr. Sperling
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Frau Rönsch und Dr. Sperling

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 216. Sitzung am 15. Mai 1986 den Antrag — Drucksache 10/5228 — zusammen mit der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr.-Ing. Kansy, Niegel, Dr. Daniels ... und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Grünbeck, Frau Dr. Segall, Gattermann ... und der Fraktion der FDP — Drucksachen 10/5326, 10/5452 — beraten und an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag am 18. Juni 1986 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimment-

haltung der Fraktion der SPD abgelehnt. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 25. Juni 1986 beraten und — bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN — einstimmig empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Während die Koalitionsfraktionen insbesondere das im Antrag geforderte finanzielle Engagement der öffentlichen Hand aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen, stoßen einzelne Forderungen des Antrags wie Übernahme nur in „kommunale Sondervermögen“ oder enge Bedingungen für den Verkauf an landeseigene oder andere gemeinnützige Gesellschaften auf Vorbehalte der Fraktion der SPD.

Bonn, den 26. Juni 1986

Frau Rönsch	Dr. Sperling
Berichterstatter	